

Sachdokumentation:

Signatur: DS 4528

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/4528



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Zusammenfassung Referat vom 17. Zürcher Armutsforum «Genug zum (Über-) Leben? – Geld, Zeit, Selbstbestimmung»



Isabelle Lüthi
Grundlagen und Sozialpolitik
Caritas Zürich

Lücken im System der sozialen Sicherheit: Wer hat nicht genug zum Leben – und wieso

In der Schweiz haben nicht alle Menschen genug zum Leben. Es gibt zwar ein System der sozialen Sicherheit, das den Menschen einen minimalen Lebensstandard bietet, wenn sie ihre eigene Existenz nicht mehr sichern können. Dieses System hat aber Lücken, was dazu führt, dass Menschen in Armut leben oder ausgegrenzt werden¹.

Einerseits sind gewisse Arbeitsformen nicht oder nur schlecht abgesichert. Beispielsweise prekäre Arbeitsformen und Jobs im Tieflohnbereich, wo Arbeitnehmende keine existenzsichernden Löhne verdienen oder bei Arbeitslosigkeit sowie in der beruflichen Vorsorge ungenügend abgesichert sind. Weiter fallen gewisse Personengruppen durch die Maschen: Ausländer*innen mit B- oder C-Ausweis haben keinen risikofreien Zugang zur Sozialhilfe. Familien sind häufig finanziell stark belastet, weil die familienexterne Kinderbetreuung teuer oder nicht verfügbar ist. Zudem sind gewisse Leistungen ungenügend: So etwa die Sozialhilfe. Der Grundbedarf in der Sozialhilfe orientiert sich an den Ausgaben der untersten 10 Einkommensprozent. Diese Grenze ist im internationalen Vergleich restriktiv angesetzt. Und der entsprechende Betrag von 1031 Franken pro Monat für eine Einzelperson liegt signifikant unter der Orientierungsgrösse². Personen, die Asylsozialhilfe beziehen – also Menschen mit Status N, S oder F – müssen gemäss Asyl- und Ausländergesetz mit noch tieferen Ansätzen auskommen. So empfiehlt die Sozialkonferenz im Kanton Zürich beispielsweise einen Ansatz von 722 Franken pro Monat für eine Einzelperson³. Je nach Gemeinde sind die ausbezahlten Beträge deutlich tiefer.

Dass die Ansätze in der Sozialhilfe restriktiv sind, hat Auswirkungen auf die Armutszahlen. Der Schwellenwert für Armutsbetroffenheit orientiert sich nämlich am Existenzminimum der Sozialhilfe gemäss SKOS. Demnach gilt eine vierköpfige Familie als armutsbetroffen, wenn sie im Monat weniger als 3989 Franken für den täglichen Bedarf (etwa Wohnkosten, Essen, Kleidung, Verkehr ...) zur Verfügung hat⁴. Dieser Betrag ist sehr knapp bemessen und reicht zum Leben kaum aus. Trotzdem ist er das Resultat politischer Entscheidungen, wie viel Geld Menschen zugestanden werden soll, damit sie an der Gesellschaft teilhaben können⁵ – wie viel Geld also genug zum Leben ist.

Allerdings leben auch Menschen, die knapp über der Armutsgrenze sind, häufig in prekären Verhältnissen. Insbesondere Familien befinden sich in diesem kritischen Einkommensbereich. Die Menschen mit knappem Budget sind es auch, die besonders unter den aktuell steigenden Preisen leiden, da sie fast ihr ganzes Einkommen für Konsumausgaben, also den täglichen Bedarf, aufwenden und kaum sparen können.

Armut bedeutet aber nicht nur, zu wenig finanzielle Mittel zu haben. Armutsbetroffene leben oft in prekären Wohnsituationen und mit gesundheitlichen Einschränkungen, sind eingeschränkt in der sozialen Teilhabe und haben weder Zeit noch Geld für eine Aus- oder Weiterbildung und entsprechend weniger berufliche Entwicklungschancen.

Armut zu bekämpfen bedeutet also nicht nur, die materielle Grundsicherung von Menschen zu gewährleisten, sondern die Ressourcen von Armutsbetroffenen in allen Lebensbereichen zu stärken.

¹ Auflistungen Lücken gem. Caritas Schweiz 2023: «Würdige Existenzsicherung für alle»

² Büro BASS 2018: «Berechnung und Beurteilung des Grundbedarfs in den SKOS-Richtlinien»

³ Empfehlungen Zürcher Sozialkonferenz (SoKo) 2023

⁴ Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS), BFS 2023

⁵ Caritas Schweiz 2022: «Appell für eine Schweiz ohne Armut»

Zusammenfassung Referat vom 17. Zürcher Armutsforum «Genug zum (Über-) Leben? – Geld, Zeit, Selbstbestimmung»



Prof. Dr. Dominik Hangartner
Professur für Politikanalyse
ETH Zürich

Welche Auswirkung hat die Höhe der Sozialhilfe auf die Arbeitsmarktintegration und die Kriminalitätsrate der Geflüchteten?

Die Kriminalität von Geflüchteten, ob real oder behauptet, erfährt in den Medien und der politischen Diskussion immer mal wieder verstärkte Aufmerksamkeit, besonders im Vorfeld von Wahlzyklen. In seinem Referat konfrontierte Dominik Hangartner diese Debatte mit statistischen Analysen, die auf verknüpften Registerdaten basieren.

Die vorgestellte Studie untersucht, wie kantonale Veränderungen in der Höhe der (Asyl-) Sozialhilfe die Wahrscheinlichkeit der Arbeitsaufnahme von – sowie Strafanzeigen gegen – Geflüchteten beeinflussen.

Die Ergebnisse zeigen, dass eine sehr tief angesetzte Asylsozialhilfe keine messbaren positiven Effekte auf die Arbeitsmarktintegration hat aber gleichzeitig die Wahrscheinlichkeit für Delikte, vor allem in der Kategorie «Subsistenzkriminalität», erhöht.

Zusammenfassung Referat vom 17. Zürcher Armutsforum «Genug zum (Über-) Leben? – Geld, Zeit, Selbstbestimmung»



Prof. Dr. Eva Mey
Dozentin und Projektleiterin Forschung
ZHAW

Armutsbetroffene Lebenswelten: Im Spannungsfeld zwischen Existenzsicherung und Bildung

Der Begriff Bildung ist in aller Munde: Bildung als Antwort auf den Fachkräftemangel, Bildung als Antwort auf den digitalen Wandel, Bildung für Jung und Alt, von der Frühförderung bis zum lebenslangen Lernen. Auch im Zusammenhang mit Armut wird viel von Bildung gesprochen, neu erworbene Diplome oder Kompetenzen sollen mithelfen, einen Weg aus der armutsbetroffenen Situation zu finden. Doch wie sehen das die von Armut betroffenen Menschen selbst? Welche Bedeutung hat Bildung für sie? Und weshalb sind Armutsbetroffene so selten in Bildungsangeboten anzutreffen? Im Rahmen einer Studie im Auftrag der Nationalen Plattform gegen Armut und des Bundesamtes für Sozialversicherungen wurde solchen Fragen nachgegangen. Dabei wurde sichtbar, welch schwieriger Stand das Thema «Bildung» im alltäglichen Existenzkampf in armutsbetroffenen Lebenswelten hat.

Insbesondere Working Poor, die keine Sozialhilfe beziehen, weil sie knapp keinen Anspruch darauf haben oder weil sie den Bezug aus ausländerrechtlichen Gründen nicht riskieren wollen, befinden sich in teilweise fast schon absurden, völlig blockierten Situationen. Sie bräuchten einen Bildungsabschluss, um mit ihrer Arbeit ein existenzsicherndes Einkommen zu erzielen, und sie bräuchten umgekehrt eine gesicherte Existenz, damit sie sich überhaupt um Bildung kümmern können. Sich und allenfalls seine Familie irgendwie durchzubringen, auch wenn das Geld kaum reicht, zehrt Zeit und Energie. Hinzu kommt in manchen Fällen die Betreuung der Kinder, die Pflege kranker Angehöriger. Im besten Fall gelingt eine Stabilisierung auf niedrigem Niveau, in anderen Szenarien kommen über die Jahre psychische und physische Problematiken hinzu. Wo soll hier Bildung Platz haben?

Es steht ausser Frage, dass solchen Problematiken nicht nachhaltig zu begegnen ist, solange im Niedriglohnbereich keine existenzsichernden Löhne ausbezahlt werden. Solange dies nicht geschieht, wird der Kampf ums Überleben immer dominant sein. Die Bildungsthematik bleibt aber auch dann virulent, wenn die Existenz vorerst einigermaßen gesichert ist: Sowohl im Sinne des Überlebens – weil man mit den technologischen Neuerungen Schritt halten muss – als auch im Sinne des Lebens: damit man sich seinen Neigungen und Interessen entsprechend weiterentwickeln kann, wenn man dies möchte, damit man Neues lernen, sich selbstbestimmt neue Welten eröffnen kann. Wie gross das Bedürfnis dazu ist, zeigt sich nicht zuletzt bei jenen Personen, die ihre Bildungspläne wieder aufnehmen, sobald sie dazu wieder ein wenig Luft haben – zum Beispiel, wenn die Kinder grösser und die Ausgaben kleiner sind –, oder die versuchen, sich zumindest auf informellem Weg neues Wissen zu erschliessen.

Bildungszugänge sind also für beides wichtig: fürs Überleben und fürs Leben. Solange Bildung aber mit der Existenzsicherung konkurrieren muss, bleibt sie auf der Strecke. Es ist deshalb unabdingbar, Bildungszugänge in armutsbetroffenen Lebenswelten zu verbessern. Dazu braucht es zuallererst verlässliche und ausreichende finanzielle Unterstützung bei der Planung und der Realisierung von Bildungsschritten, es braucht aber auch dringend mehr Möglichkeiten, Arbeit und Bildung zu verbinden, also insbesondere mehr Möglichkeiten der On-the-Job-Ausbildung oder -Weiterbildung.

Zentral bleibt bei all diesen Massnahmen bei den je individuellen, aktuell gegebenen Möglichkeiten und Bedürfnissen anzusetzen: Bildung muss in Bezug auf Ausgestaltung und Zeitpunkt zwingend so geframt sein, dass sie in ohnehin belasteten Lebenssituationen nicht noch zusätzlichen Druck auslöst.

Zusammenfassung Referat vom 17. Zürcher Armutsforum «Genug zum (Über-) Leben? – Geld, Zeit, Selbstbestimmung»



Dr. Sabine Skubsch
Diplom-Pädagogin, Gewerkschafterin

Zeit gerecht verteilen. Die Vier-in-einem-Perspektive von Frigga Haug

Zeit ist eine endliche Ressource. In allen Schichten leiden die Menschen an Zeitmangel. Was den Unterschied zwischen arm und reich ausmacht, ist zum einen die Lebenszeit. Nachweislich gibt es einen Zusammenhang zwischen der Höhe des Einkommens, der Gesundheit und der Lebenserwartung. Arme Menschen sterben früher als reiche. Zum Zweiten ist die freie Verfügungsgewalt über die eigene Zeit ungleich verteilt. Zeitraubende, anstrengende und öde Tätigkeiten wie Putzen oder andere Hausarbeit können Wohlhabende weiterdelegieren. Menschen mit geringem Verdienst können ihre Zeit hingegen am wenigsten selbstbestimmt planen. Zeit ist nicht nur zwischen den Gesellschaftsschichten ungleich und ungerecht verteilt, sondern auch zwischen den Geschlechtern. Sorgearbeit wird zum grossen Teil immer noch von Frauen unentgeltlich innerhalb der Familie verrichtet.

Mit der «Vier-in-einem-Perspektive» entwirft die Soziologin Frigga Haug eine Utopie, wie Leben und Arbeit und die damit verbundene Einteilung der Zeit neu geordnet werden kann. Sie hat vier für das menschliche Zusammenleben bedeutende Bereiche identifiziert: Jede (!) Gesellschaft muss ihre Lebensmittelproduktion, die Produktion des Lebens, die kulturelle Einbindung ihrer Mitglieder und ihre innere Regulierung durch Normen, Gesetze und Verwaltung organisieren.

Der Tag hat 24 Stunden, 8 Stunden braucht es für den Schlaf. Die verbleibenden 16 Stunden werden im Idealfall gleichmässig – jeweils 4 Stunden – auf diese vier Bereiche verteilt:

- Zeit, um das Leben fortzusetzen und neues Leben zu erzeugen (Pflegen, Betreuen, Schwangerschaft, Gebären, Erziehen)
- Zeit für Erwerbsarbeit
- Zeit für die Entwicklung der eigenen Talente und Fähigkeiten
- Zeit, um die Gesellschaft zu gestalten, damit alle sich politisch einmischen (können)

Das ist nicht schematisch zu verstehen, sondern als ein Kompass für die Einteilung der eigenen Lebenszeit, der Zeit in sozialen Einheiten wie z. B. der Familie und der zur Gestaltung der Gesellschaft notwendigen Zeit.

Sozialpolitisch ist aus Haugs Utopie Folgendes abzuleiten:

- Es muss anerkannt werden, dass Sorgearbeit ein fundamentaler Bestandteil jeder Volkswirtschaft, also systemrelevant ist. Auf die Sorge anderer angewiesen zu sein, ist kein Ausnahmefall des Lebens. Es gehört zum Leben. Wir alle waren als Säuglinge auf andere angewiesen, und viele von uns werden es im Alter wieder sein. Eine Umverteilung dieser Sorgearbeit ist eine zentrale Gerechtigkeitsfrage.
 - Die Umverteilung aller Tätigkeiten und der gesamten Lebenszeit verlangt zwingend die radikale Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit. Nicht nur in Gewerkschaften gibt es eine lebhafte Debatte um die Viertagewoche bzw. die 28-Stunden-Woche. Auch in der Klimadiskussion wird gefordert, die steigende Produktivität für den Zeitwohlstand zu nutzen. Es ist Aufgabe der Sozialverbände, die Position Armutsbetroffener in die Diskussion um Arbeits- und Lebenszeit einzubringen.
-

Die Forderungen des 17. Armutsforums auf einen Blick

Alle Menschen sollen genug zum Leben haben – dafür setzen wir uns als Caritas Zürich ein.

In der Schweiz arm zu sein, heisst, in allen Lebensbereichen sparen zu müssen. Bei der Gesundheit, dem Wohnen, der Bildung, der Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben. Kinder aus armutsbetroffenen Familien leiden dabei besonders.



Armut ist dunkel.

Für ärmere Haushalte sind die steigenden Mieten und Energiepreise ein grosses Problem: Sie geben nämlich einen grossen Teil ihres Bruttoeinkommens, nämlich rund 33 %, für Wohnen und Energie aus – der durchschnittliche Schweizer Haushalt hingegen nur 15 %.

(Quelle: HABE 2015–2017)



Armut ist ungesund.

Die Krankenkasse wird immer teurer. Die durchschnittliche Prämie hat sich seit 1997 mehr als verdoppelt. 2023 bezahlen Prämienzahler*innen im Durchschnitt 6,6 % mehr Prämien als im Vorjahr. Für das Jahr 2024 beträgt der Aufschlag durchschnittlich 8,7 %. Auch diese Kosten belasten ärmere Haushalte stark. Deshalb sind sie auf einen Ausbau der Prämienverbilligung angewiesen.

(Quelle: BFS 2022/2023, EDI 2022/2023)



Armut ist leer ausgehen.

Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren sind von allen Altersklassen am häufigsten auf Leistungen der Sozialhilfe angewiesen. Im Jahr 2021 betrug die Sozialhilfequote der bis 17-Jährigen 5,2 % und damit 14'484 Personen im Kanton Zürich, was deutlich über der durchschnittlichen Sozialhilfequote von 3,0 % liegt.

(Quelle: Sozialbericht Kanton Zürich 2021)



Armut ist offline.

Rund 260 Franken betragen die durchschnittlichen, monatlichen Haushaltsausgaben für Mobiltelefonie, Internetgebühren, Computer, Drucker und Zubehör. Über 40 % der Personen, die zu Hause über keinen Internetzugang verfügen, geben an, dass ihnen die Kosten dafür zu hoch sind.

(Quelle: BFS 2023 und sozialinfo.ch)

Um der wachsenden Ungleichheit entgegenzutreten, sind dringend griffige Massnahmen und politische Weichenstellungen nötig.

Zum Leben braucht es:

- Ein Leben ohne existenzielle Sorgen
- Ressourcen für Bildung und berufliche Entwicklungsmöglichkeiten
- Angemessener und bezahlbarer Wohnraum
- Ein barrierefreies Gesundheitssystem
- Digitale Teilhabe
- Zeit für Erholung
- Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe
- Ressourcen für politische Teilhabe

Dafür setzt sich Caritas Zürich politisch ein:

- Ergänzungsleistungen für Familien
- Faire Mindestlöhne, die zum Leben reichen
- Erhöhung der Ansätze in der Asylfürsorge
- Vereinbarkeit von Beruf und Familie: Zugang zu bezahlbarer familienexterner Kinderbetreuung
- Risikofreier Zugang zur Sozialhilfe (Entkoppelung Existenzsicherung und Migrationsrecht)